



Protest von Islamistinnen gegen Staatschef Musharraf (in Islamabad)

SPIEGEL: Bislang hatten Sie alle Gespräche mit einem Präsidenten in Uniform ausgeschlossen.

Bhutto: Ich möchte ein für alle Mal klarstellen, dass meine Partei mit solch einem Staatschef auch nicht zusammenarbeiten kann. Wir wollen keine Militärherrschaft.

SPIEGEL: Gemeinsam mit Nawaz Sharif, auch er ein Ex-Regierungschef im Exil, haben Sie eine Vereinbarung für die Rückkehr zur Demokratie unterzeichnet. Sharif

hält jeden Kontakt zu Musharraf für einen Verstoß dagegen.

Bhutto: Ich sehe das anders. Unsere Absprache verbietet doch nicht den Kontakt zu einem Militärdiktator, wenn das den Weg zurück zur Normalität eröffnet. Sharif und ich haben Zukunftsentwürfe formuliert. Wir sind nicht mehr Rivalen, sondern Partner und haben ein gemeinsames Ziel. Wir sind die wichtigsten Spieler beim historischen Versuch, die Demokratie wiederherzustellen.



SÜDAFRIKA

Zurück zum Leichtsinn

Als die Gesundheitsministerin krank wurde, hatten rund 5,4 Millionen HIV-infizierte Südafrikaner vorübergehend bessere Überlebenschancen. Mantra Tshabalala-Msimang wollte noch nie wahrhaben, dass die Krankheit Aids täglich etwa 900 Menschen in ihrem Land dahinrafft. Als Medizin empfahl die Ministerin den Todkranken Vitamine, Knoblauch und Rote Bete. Erst als

Aids-Aufklärung in südafrikanischer Schule

Tshabalala-Msimang sich von einer Lebertransplantation erholen musste, nahm ihre Stellvertreterin den Kampf gegen die Seuche auf: Nozizwe Madlala-Routledge schlug Alarm, statt die Aids-Gefahr kleinzureden. Vor allem ließ sie endlich wirksame antiretrovirale Medikamente verteilen. Doch jetzt droht der südafrikanischen Anti-HIV-Politik ein Rückfall. Präsident Thabo Mbeki hat unter fadenscheinigem Vorwand die Vizeministerin abgesetzt, seine Vertraute Tshabalala-Msimang führt nun wieder die Geschäfte. Der Schritt des Präsidenten sei ein „furchtbarer Irrtum“, sagen Anti-Aids-Aktivisten der Nichtregierungsorganisation Treatment Action Campaign. Sie fürchten um die Fortschritte des vergangenen Jahres, denn für südafrikanische Spitzenpolitiker ist es nicht ungewöhnlich, die Gefahren des Virus herunterzuspielen. So erzählte Jacob Zuma, ehemals Vizepräsident, nach dem Sex mit einer HIV-positiven Frau habe er zum Schutz gegen die Krankheit einfach heiß geduscht.

POLEN Zaghafte Opposition

Intrigen, Indiskretionen, Grabenkämpfe, Abhör- und Sex-Affären – die Regierungszeit von Premier Jaroslaw Kaczyński und seines Zwillingssbruders Lech im Amt des Präsidenten addiert sich zu einer einzigen Kette von Krisen. Vor allem ihre Koalitionspartner, die linkspopulistische „Selbstverteidigung“ und die katholisch-nationalistische Liga polnischer Familien, haben ihnen kein Glück gebracht. Im Oktober sollen die Polen deshalb wohl ein neues Parlament wählen. „Das bedeutet noch lange nicht das politische Ende der Zwillinge“, sagt der Warschauer Soziologe Andrzej Rychard. Zwar liegt die stärkste Oppositionspartei, die Bürgerplattform, in Um-



Lech Kaczyński, Tusk (Wahlplakate 2005)

fragen derzeit zehn Prozent vor der Kaczyński-Partei PiS. Die hat in Wahlkämpfen aber bisher stets aufgeholt, denn sie präsentiert sich als straff organisierte Partei mit klarem Profil. Dagegen steht die liberale Bürgerplattform als wankelmütiger Haufen da, dessen Führung selten mit einer Stimme spricht und es versäumt habe, die Fehler der Kaczyński-Regierung auszunutzen, meint Rychard. Statt im Parlament selbstbewusst ein Misstrauensvotum gegen die Regierung anzustrengen, verständigte sich Plattform-Chef Donald Tusk vergangenen Donnerstag mit Präsident Kaczyński auf Neuwahlen. Beide scheinen schon jetzt den Boden für eine Koalition bereiten zu wollen – vermutlich wird keiner von ihnen allein regieren können.